



Haushalts- und Finanzausschuss

70. Sitzung (öffentlich)

18. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|--|----------|
| 1 | Gesetz zur Umstrukturierung der Landesbank Nordrhein-Westfalen zur Förderbank des Landes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Gesetze | 1 |
|----------|--|----------|

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4578

Vorlagen 13/2453 und 13/2527

Festlegung des Beratungsverfahrens

Der Ausschuss erörtert das Beratungsverfahren. Er strebt an, am 8. Januar 2004 eine Anhörung zu beschließen, die am 13. Februar durchgeführt werden soll.

- 2 Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB NRW) sowie des Landesbetriebes Straßenbau NRW** 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4580

Vorlage 13/2463

Die Beratung wird einvernehmlich vertagt.

- 3 Sicherheit durch Budgetierung** 3

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4405

Der Ausschuss debattiert über den Antrag. Angesichts eines noch ausstehenden Berichts des Justizministers an den Rechtsausschuss **beschließt** der HFA auf Bitte der CDU-Fraktion einstimmig, den Antrag **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzugeben.

- 4 Staatsvertrag zum Lotteriewesen in Deutschland** 4

Vorlagen 13/2462 und 13/2468

Der Finanzminister und LMR Hansen (FM) antworten auf Fragen aus dem Ausschuss; erbetene Zahlen sollen noch nachgeliefert werden.

- 5 Umsatzsteuerbetrug wirksam unterbinden** 7

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4585

Der Ausschuss erörtert das Beratungsverfahren und nimmt einen Bericht von Minister Jochen Dieckmann (FM) entgegen.

Es wird Übereinstimmung erzielt, ein Expertengespräch durchzuführen, dessen Einzelheiten im Obleutekreis abgestimmt werden sollen, und anschließend nach Möglichkeit gemeinsam daraus Konsequenzen zu ziehen.

**6 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben - Zusammen-
arbeit mit den Kommunen verbessern - Steuerrückstände schmälern 9**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4738

Der Ausschuss unternimmt eine erste Beratung des Antrags. Finanz-
minister Jochen Dieckmann erstattet einen Sachstandsbericht.

7 Verschiedenes 12

2 Gesetz zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Regelungen des Bau- und Liegenschaftsbetriebes NRW (BLB NRW) sowie des Landesbetriebes Straßenbau NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4580
Vorlage 13/2463

Vorsitzender Volkmar Klein fragt, ob seine Information zutreffe, dass die Fraktionen verabredet hätten, die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben. - Der **Ausschuss** stimmt einvernehmlich zu.

3 Sicherheit durch Budgetierung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4405

Dieser Gesetzentwurf sei, so **Vorsitzender Volkmar Klein**, federführend an den Rechtsausschuss überwiesen worden; der HFA sei einer der beiden mitberatenden Ausschüsse. Der federführende Ausschuss plane, seine Beratungen im Januar zu beenden, sodass heute über ein Votum entschieden werden müsse.

Hans-Willi Körfges (SPD) trägt vor, sowohl in der Plenarsitzung wie auch in den Beratungen des Rechtsausschusses sei deutlich geworden, dass der Antrag von falschen Voraussetzungen ausgehe. Die für den "Einsatz von privaten Sicherheitsdienste vorgesehenen Mittel" sollten danach für andere Zwecke umgewidmet werden. Solche Mittel seien aber im Haushalt gar nicht vorgesehen. Der Antrag sei also "höchster Blödsinn"; die SPD-Fraktion empfehle der antragstellenden Fraktion, ihn zurückzuziehen.

Manfred Palmén (CDU) bezeichnet es als richtig, dass der zweite Punkt des Antrages nicht zum Tragen kommen könne. Der Antrag sei aber kein "Blödsinn"; Herr Körfges wisse genau, dass es im Zeitpunkt der Einbringung des Antrages Absicht der Landesregierung gewesen sei, für den Einsatz privater Sicherheitsdienste Mittel bereitzustellen.

Der entscheidende Satz des Antrages sei der erste, dass auf den landesweiten Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten in den Justizvollzugsanstalten verzichtet werde. Die CDU-Fraktion beschränke den Antrag auf diesen ersten Spiegelstrich; der zweite könne gestrichen werden.

Angela Freimuth (FDP) findet es bedauerlich, dass anscheinend heute schon über den Antrag abgestimmt werden solle. Nach ihren Informationen wolle der Justizminister demnächst sachlich darüber informieren, welche Möglichkeiten es im Strafvollzug über-